
14006/AB XXIV. GP

Eingelangt am 21.05.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Rechnungshof

Anfragebeantwortung

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag.^a Christine Lapp MA, Genossinnen und Genossen haben am 21. März 2013 unter der Nr. 14291/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Tätigkeit des Rechnungshofes“ gerichtet.

Der Rechnungshof übt als föderatives Bund-Länder-Gemeinde-Organ die öffentliche externe Finanzkontrolle für Bund, Länder und Gemeinden als Organ des Nationalrates oder der Landtage (bzw. des Wiener Gemeinderates) abhängig vom jeweiligen Gebarungsbereich aus. Damit ist er für die Finanzkontrolle des gesamten öffentlichen Sektors auf allen Gebietskörperschaftsebenen zuständig. Im Sinne der verfassungsrechtlichen Aufgaben überprüft der Rechnungshof neben der ziffernmäßigen Richtigkeit und der Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ob die durch die Budgets zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden.

Durch überzeugende Empfehlungen und Aufzeigen von Verbesserungsmöglichkeiten trägt der Rechnungshof zur Effizienz- und Effektivitätssteigerung im öffentlichen Bereich bei. Als oberstes Ziel strebt der Rechnungshof - wie in seiner Strategie festgelegt - den bestmöglichen Einsatz der öffentlichen Mittel an, das heißt, eine Verringerung der Kosten bzw. eine Erhöhung des Nutzens beim Einsatz der öffentlichen Mittel.

Auch in seinen eigenen Belangen ist der Rechnungshof, wie ich einleitend festhalten möchte, selbstverständlich auf Effizienz und Sparsamkeit bedacht. Um einen möglichst sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel im eigenen Bereich zu gewährleisten und hausintern Einsparungspotenziale zu heben, überprüft der Rechnungshof regelmäßig, wie die internen Ablaufprozesse noch effizienter gestaltet werden können.

Im Hinblick auf die Ausweitung der Prüfungscompetenz des Rechnungshofes auf Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern und knapper werdende Ressourcen hat sich der Rechnungshof mit Wirksamkeit vom 1. September 2010 eine neue Organisation gegeben, die aufgrund der Neupositionierung und entsprechend den strategischen Zielsetzungen entwickelt wurde und insbesondere darauf ausgerichtet ist, in Form von Clustern Synergien zu nutzen.

Der Rechnungshof ist seither, wie auch in der nachfolgenden Beantwortung noch ausführlich dargestellt wird, in 5 Sektionen und 35 spezialisierte Prüfungs- bzw. Fachabteilungen mit unterschiedlichen Leistungsbereichen organisiert. Um themenbezogene sowie vernetzte Arbeits- und Prüfungsweisen zu unterstützen, wurden verwandte Aufgaben und Prüfungsbereiche - z.B. die Bereiche Gemeindeprüfungen - in einer Sektion zusammengefasst.

Der Rechnungshof bekennt sich zu einer objektiven, unabhängigen und wirksamen Aufgabenwahrnehmung und sieht die Qualität als oberste Prämisse, weil seine Wirkung unmittelbar von der Qualität seiner Leistungen abhängt. Die bestimmenden Werte des Rechnungshofes sind Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Objektivität und Glaubwürdigkeit. Sie sind sowohl im Leitbild als auch in der Strategie des Rechnungshofes verankert. Zur nachhaltigen Sicherung und Steigerung der hohen Leistungsqualität, hat der Rechnungshof fünf Wirkungsziele festgelegt und diese - neben zahlreichen internen Qualitätszielen (z.B. in den Bereichen Risikomanagement, Wissensmanagement, Führungsqualität) - in seinen mittelfristigen Plan für die Jahre 2011 bis 2014 aufgenommen. Mit diesen Wirkungszielen hat der Rechnungshof - im Sinne des neuen Haushaltsrechts des Bundes - transparent gemacht, welche Wirkungen er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und den von ihm erbrachten Leistungen erzielen möchte.

Dies ist Ergebnis des im Jahr 2004 gestarteten Reformprozess mit seither mehr als 40 Projekten, der das Ziel hatte, den Rechnungshof im Hinblick auf die hohen Anforderungen an die externe öffentliche Finanzkontrolle und den weniger werdenden Mitteleinsatz fit für die Zukunft zu machen. Diese Projekte reichten von der Entwicklung eines gemeinsam von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes entwickelten Leitbilds, der Erarbeitung eines Strategiekonzepts, einer Mittelfristigen Planung, der Evaluierung des Bundesrechnungsabschlusses und den Vorbereitungsarbeiten für die Haushaltsrechtsreform des Bundes bis hin zur Erarbeitung von Vorgaben für die Normenbegutachtung, den Staatsschuldendienst und die Einkommenserhebung. Außerdem erhebt der Rechnungshof auch Kennzahlen für die wesentlichen Leistungsbereiche und setzt diese zu Steuerungszwecken ein. Im Sinne der Transparenz werden die wesentlichen Kennzahlen auch im jährlichen Leistungsbericht veröffentlicht. Dieser Leistungsbericht beinhaltet als erster eines Rechnungshofes weltweit auch eine Wissensbilanz und stellt neben den aktuellen Informationen zur Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes, zu seinen Beratungsleistungen und der internationalen Tätigkeit auch jeweils die laufenden Reformprojekte dar. Die Leistungsberichte sind auch auf der Homepage des Rechnungshofes nachzulesen.

Besonders hervorzuheben ist, dass sämtliche Reformprojekte seit dem Jahr 2004 entscheidend von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes mit dem Ziel gestaltet wurden, interne Ablaufprozesse noch effizienter zu gestalten und dadurch einen möglichst sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel im eigenen Bereich zu gewährleisten und hausintern Einsparungspotenziale zu heben.

Zu Frage 1:

Der Rechnungshof nimmt neben der im bundesverfassungsgesetzlich übertragenen Prüfungstätigkeit folgende Sonderaufgaben wahr:

- Verfassen des Bundesrechnungsabschlusses
- Einkommenserhebung betreffend u.a. die durchschnittlichen Einkommen und Pensionsleistungen der Unternehmungen und Einrichtungen des Bundes (jedes zweite Jahr)
- Aufgaben nach der Bezügebegrenzung: Ermittlung und Veröffentlichung des Anpassungsfaktors für die Bezüge der öffentlichen Funktionäre; Vorlage des Einkommensberichts über die durchschnittlichen Einkommen der Gesamtbevölkerung und Erstellung des Berichts gemäß § 8 Abs. 1 bis 3 Bezügebegrenzungs-BVG
- Bekanntgabe außergewöhnlicher Vermögenszuwächse der Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie der Staatssekretäre an den Präsidenten des Nationalrates beziehungsweise den jeweiligen Präsidenten des Landtages nach dem Unvereinbarkeitsgesetz durch den Präsidenten des Rechnungshofes
- Wahrnehmung der nach dem Parteiengesetz übertragenen Aufgaben: Entgegennahme, Kontrolle und Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten und Prüfungsvermerken, Bestellung von Wirtschaftsprüfern, Kundmachung der Valorisierung der Parteienförderung, Erhebung und Veröffentlichung von Rechtsgeschäften der der Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträger mit parteinahen Unternehmungen, Veröffentlichung von Spenden über 50.000 EUR, Entgegennahme und Verwahrung von unzulässigen Spenden sowie Veröffentlichung im Tätigkeitsbericht, im Fall vermuteter Verstöße gegen die Rechenschaftspflicht, Spendenverbote, diese an die zuständige Behörde weiterzuleiten; der Ressourcenumfang lässt sich derzeit noch nicht abschätzen, wird jedoch jedenfalls äußerst umfangreich sein.
- Mitwirkung bei der Begründung von Finanzschulden: Alle Urkunden über Finanzschulden des Bundes sind, soweit sich aus ihnen eine Verpflichtung des Bundes ergibt, vom Präsidenten des Rechnungshofes gegenzuzeichnen.
- Gutachterrolle nach den Stabilitätspakten 2011 und 2012: Zum Zwecke der Wahrnehmung dieser Aufgabe führt der Rechnungshof derzeit Querschnittsprüfungen zu den Haushalten der Länder und Gemeinden durch.
- Aufgaben nach dem Medientransparenzgesetz: Der Rechnungshof hat der KommAustria - als für die Erfüllung der Melde- und Transparenzverpflichtung zuständige Einrichtung - halbjährlich eine Liste der seiner Kontrolle unterliegenden Rechtsträger mit Namen, Adressen und vertretungsbefugten Organen in elektronischer Form zu übermitteln. Das erfordert einerseits die Erhebung aller vertretungsbefugten Organe sowie andererseits eine stichtagsbezogene Aktualisierung sämtlicher beim Rechnungshof vorhandenen Datenbestände über mehr als 5.700 seiner Prüfungszuständigkeit unterliegenden Rechtsträger; diesbezüglich besteht ein hoher Aktualisierungsaufwand im Umfang von 831,5 Prüfertagen (im Jahr 2012 und im 1. Quartal 2013), was den Ressourcen von 14 Follow-up-Überprüfungen entspricht.

- Mehraufgaben durch die mit 1. Jänner 2013 in Kraft getretene Haushaltsreform 2. Etappe: z.B. Ausweitung der Prüfungsaufgaben nach § 9 RHG nach der neuen Rechnungslegungsverordnung im Zusammenhang mit der Erstellung des Rechnungsabschlusses, Prüfung der Eröffnungsbilanz 2013, Prüfung auch der Vermögens- und Ergebnisrechnung neben der Finanzierungsrechnung wie bisher, Mitwirkung bei der Erstellung der Rechtsvorschriften für die 2. Etappe Haushaltsrechtsreform, Weiterentwicklung des Bundesrechnungsabschlusses.
- Begutachtungen von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, durch die der Rechnungshof entsprechend der EntschlieÙung des Nationalrates vom 19. März 1981 die Erkenntnisse aus seiner Prüfungstätigkeit in den Gesetzgebungsprozess einbringt, wobei er insbesondere auf vermeidbare Folgekosten und auf die Wirtschaftlichkeit des Vollzuges achtet.
- Wirkungsorientierung: Überprüfung der Wirkungsziele und Anfügung von Auszügen aus Empfehlungen aus RH-Berichten zum Bundesvoranschlagsentwurf gemäß § 9 der Verordnung über die Angaben zur Wirkungsorientierung, verstärkte Berücksichtigung von Wirkungsindikatoren und gleichzeitig auch der Wirkungsziele sowie von Aspekten der Gleichstellung der Geschlechter durch eine systematische Einbeziehung gleichstellungsrelevanter Fragen in RH-Prüfungen.
- Zusätzliche Aufgaben im Zuge der Neuordnung der wirtschafts-, fiskal- und finanzpolitischen Architektur Europas und der neuen EU-Haushaltsordnung.

Darüber hinaus leitet der Rechnungshof das Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) und tritt für die Interessen der INTOSAI und ihrer Mitglieder ein. Der INTOSAI gehören weltweit mehr als 191 derartige Institutionen einschließlich des Europäischen Rechnungshofes als Vollmitglieder an.

Der Rechnungshof managt in seiner Funktion als Generalsekretariat das Alltagsgeschäft der INTOSAI, führt deren Haushalt, berät die Organe der INTOSAI (Kongress, Präsidium, Regionale Arbeitsgruppen) und kontrolliert die Einhaltung der Statuten. Beziehungen zu internationalen Partnerorganisationen werden aufgebaut und gepflegt, Symposien organisiert und durchgeführt.

Zu Fragen 2 und 3:

Der Rechnungshof hat sich mit Wirksamkeit vom 1. September 2010 eine neue Organisation gegeben und ist seither in 5 Sektionen mit insgesamt 35 spezialisierten Prüfungs- bzw. Fachabteilungen mit unterschiedlichen Leistungsbereichen gegliedert. Um themenbezogene sowie vernetzte Arbeits- und Prüfungsweisen zu unterstützen, wurden verwandte Aufgaben und Prüfungsbereiche in einer Sektion zusammengefasst. So spiegelt sich die Aufteilung auch zu den oben angeführten Tätigkeitsbereichen in der nachfolgend dargestellten Organisationsstruktur des Rechnungshofes wider:

Präsident des Rechnungshofes / Generalsekretär der INTOSAI**Kabinett des Präsidenten****Sektion 1 RH-Infrastruktur/Prüfungssupport****Administrative Unterstützungsstelle der Sektion****Stabstelle EU**

Abteilungen	Cluster A		Cluster B	
	RH-Infrastruktur/Entwicklung		Prüfungssupport	
1A1	Budget/RH-Infrastruktur		1B1	Redaktion
1A2	Personalmanagement/Reise- management/Bedienstetenschutz		1B2	Kommunikation und Verbindungsdienst
1A3	Planung und Entwicklung		1B3	Generalsekretariat der INTOSAI/Internationales
1A4	IT-Infrastruktur RH			

Sektion 2 Staat**Administrative Unterstützungsstelle der Sektion**

Abteilungen	Cluster A		Cluster B	
	Recht/Sicherheit/Verwaltungsreform		Grundsatzangelegenheiten/Kultur/ Umwelt	
2A1	Äußeres und Verteidigung		2B1	Rechtsangelegenheiten
2A2	Justiz und Inneres		2B2	Kunst/Kultur/Medien
2A3	Bundesverwaltung/Verwaltungs- reform/IKS		2B3	Umfassender Umweltschutz/Land- und Forstwirtschaft
2A4	Personal/Informationstechnologie/ Organisation			

Sektion 3 Länder/Gemeinden/Daseinsvorsorge**Administrative Unterstützungsstelle der Sektion**

Abteilungen	Cluster A		Cluster B	
	Länder/Gemeinden/Finanzausgleich		Gesundheit/Soziales	
3A1	Finanzausgleich und Finanzströme		3B1	Krankenanstalten
3A2	Länder und Gemeinden/Verwaltung		3B2	Gesundheit
3A3	Länder und Gemeinden/ Daseinsvorsorge		3B3	Soziales und Sozialversicherung
3A4	Länder und Gemeinden/ Beteiligungen und ausgegliederte Leistungen			

Sektion 4 Bildung/Wissenschaft/Infrastruktur**Administrative Unterstützungsstelle der Sektion****Fachexperte 4F1 für Internationale Prüfungsmandate, Jahresabschlussprüfungen betreffend Internationale Organisationen**

Abteilungen	Cluster A		Cluster B	
	Bildung/Wissenschaft		Infrastruktur	
4A1	Bildung		4B1	Verkehrsangelegenheiten
4A2	EU-Finanzen		4B2	Bauangelegenheiten
4A3	Wissenschaft		4B3	Infrastruktur- und Raumplanung
4A4	Forschung/Technologie und Innovation			

Sektion 5 Finanzen/Wirtschaft**Administrative Unterstützungsstelle der Sektion****Fachexperte 5F1 für Einkommenserhebung und Einkommensberichte**

Abteilungen	Cluster A		Cluster B	
	Finanzen		Wirtschaft	
5A1	Banken und Finanzmanagement		5B1	Beteiligungen des Bundes/ Energie/Tourismus
5A2	Abschlussprüfungen/ Bundesrechnungsabschluss		5B2	Immobilien/Wohnbau
5A3	Öffentliche Abgaben		5B3	Wirtschaft und Arbeitsmarkt
5A4	Volkswirtschaft und Wirkungsorientierung			

Da Sonderaufgaben auch die Expertise des Prüfdienstes erfordern, sind diese unter Mitwirkung der Bediensteten der Prüfungsabteilungen zu besorgen. So fällt bspw. die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen in die Zuständigkeit der Abteilung 2B1 Rechtsangelegenheit, die im Einzelfall im Sinne eines geschäftsprozessorientierten Wissensmanagement auf das fachliche Know-how und die Erkenntnisse der jeweils zuständigen Prüfungsabteilung zurückgreift.

Andere Sonderaufgaben wiederum werden primär in der dafür zuständigen Fachabteilung durchgeführt: z.B. das Verfassen des Bundesrechnungsabschlusses (Abt. 5A2 Abschlussprüfungen/Bundesrechnungsabschluss) oder die Aufgaben nach dem Medientransparenzgesetz (Abt. 1A3 Planung und Entwicklung).

Die neuen Sonderaufgaben werden zum überwiegenden Teil durch die themenbezogene sowie vernetzte Arbeits- und Prüfungsweise ohne zusätzlich dafür eingestelltes Personal erfüllt; lediglich zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Medientransparenzgesetz wurde mit 1. März 2013 eine zusätzliche Mitarbeiterin aufgenommen. Der Aktualisierungsaufwand nach dem Medientransparenzgesetz betrug im Jahr 2012 und im 1. Quartal 2013 831,5 Prüfertage, was den Ressourcen von 14 Follow-up-Überprüfungen entspricht.

Obwohl dem Rechnungshof seit dem Jahr 2006 zusätzliche Aufgaben insbesondere im Zusammenhang mit der Prüfung der Gemeinden und der Haushaltsrechtsreform des Bundes sowie nach dem Medientransparenzgesetz, dem Parteiengesetz 2012 und durch seine Gutachterrolle nach den Stabilitätspakten 2011 und 2012 übertragen wurden, reduzierte sich die Anzahl der Planstellen von 345 (2005) auf 325 (2013) um 20 Planstellen bzw. im Jahr 2014 um 22 Planstellen (siehe dazu auch die Beantwortung zu Frage 4, 5, 6 und 7).

Zu Frage 4 bis 7:

In der nachstehenden Tabelle sind die Anzahl der Planstellen, die durchschnittliche Anzahl der Bediensteten und die durchschnittliche Anzahl der im Prüfdienst beschäftigten Bediensteten des Rechnungshofes dargestellt.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl der Planstellen	339	339	337	335	328	326	326	325	323
		337 ¹⁾	335 ²⁾	328 ³⁾					
durchschnittlicher Personalstand nach Köpfen⁴⁾	308	302	303	311	311	314	317	312 ⁵⁾	
durchschnittlicher Personalstand nach Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBA)⁴⁾	284	281	281	289	290	291	296	290 ⁵⁾	
durchschnittliche Anzahl der Prüfer nach Köpfen⁴⁾	239	234	236	246	249	253	257	254 ⁵⁾	

¹⁾ ab 1. Oktober

²⁾ ab 1. Juni

³⁾ ab 1. Juli

⁴⁾ gerundet

⁵⁾ zum Stichtag 1. April

Trotz der erwähnten zusätzlichen Aufgaben reduzierte sich die Anzahl der Planstellen im Laufe des Jahres 2005 von 345 auf zunächst 339 und danach kontinuierlich auf 325 im Jahr 2013 bzw. auf 323 im Jahr 2014. Dadurch stehen dem Rechnungshof im Jahr 2013 um 20 bzw. im Jahr 2014 um 22 Planstellen weniger zur Erfüllung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben zur Verfügung.

Zu Frage 8:

Die nachstehende Tabelle gibt darüber Auskunft, wie die Bediensteten des Rechnungshofes auf die einzelnen Sektionen und die dazugehörigen Cluster aufgeteilt sind

	Sektion 1	Sektion 2	Sektion 3	Sektion 4	Sektion 5
	Anzahl der Bediensteten				
Sektionsleitung und Unterstützungsdienst	3	5	4	6	5
Cluster A	53	29	27	23	30
Cluster B	29	19	23	24	20
Stabstelle EU	2	0	0	0	0
Fachexperte	0	0	0	1	0
Gesamt	87	53	54	54	55

zum Stichtag 1. April 2013

Zu Frage 9:

Die nachstehenden Tabellen geben darüber Auskunft, welche Einstufungen die jeweiligen Bediensteten der einzelnen Sektionen in den dazugehörigen Clusters des Rechnungshofes haben.

Sektion 1	A1/9	A1/7	A1/6	A1/5	A1/4	A2/8	A2/7	A3	A4	A5-A7
	Anzahl der Bediensteten									
Sektionsleitung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterstützungsdienst	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Cluster A	0	0	4	6	6	4	7	13	2	11
Cluster B	0	1	3	2	12	0	2	9	0	0
Stabstelle EU	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Gesamt	1	1	7	9	19	4	9	24	2	11

zum Stichtag 1. April 2013

Sektion 2	A1/9	A1/7	A1/6	A1/5	A1/4	A2/8	A2/7	A3	A4	A5-A7
Anzahl der Bediensteten										
Sektionsleitung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterstützungsdienst	0	0	0	0	0	0	0	3	1	0
Cluster A	0	0	5	3	18	2	1	0	0	0
Cluster B	0	0	3	5	10	1	0	0	0	0
Gesamt	1	0	8	8	28	3	1	3	1	0

zum Stichtag 1. April 2013

Sektion 3	A1/9	A1/7	A1/6	A1/5	A1/4	A2/8	A2/7	A3	A4	A5-A7
Anzahl der Bediensteten										
Sektionsleitung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterstützungsdienst	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0
Cluster A	0	1	3	8	14	0	0	1	0	0
Cluster B	0	0	2	6	13	2	0	0	0	0
Gesamt	1	1	5	14	27	2	0	4	0	0

zum Stichtag 1. April 2013

Sektion 4	A1/9	A1/7	A1/6	A1/5	A1/4	A2/8	A2/7	A3	A4	A5-A7
Anzahl der Bediensteten										
Sektionsleitung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterstützungsdienst	0	0	0	0	0	0	0	2	3	0
Cluster A	0	0	4	6	11	0	2	0	0	0
Cluster B	0	0	2	6	15	1	0	0	0	0
Fachexperte	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	1	0	7	12	26	1	2	2	3	0

zum Stichtag 1. April 2013

Sektion 5	A1/9	A1/7	A1/6	A1/5	A1/4	A2/8	A2/7	A3	A4	A5-A7
Anzahl der Bediensteten										
Sektionsleitung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unterstützungsdienst	0	0	0	0	0	0	0	3	1	0
Cluster A	0	1	3	4	14	0	6	2	0	0
Cluster B	0	0	3	6	11	0	0	0	0	0
Gesamt	1	1	6	10	25	0	6	5	1	0

zum Stichtag 1. April 2013

Zu Frage 10 bis 13:

Für jede Gebarungüberprüfung werden neben dem voraussichtlichen Ressourceneinsatz auch die zeitlichen Vorgaben, in welchem Zeitraum diese abgewickelt sein soll, in der zwischen Auftraggeber und -nehmer abgeschlossenen Projektvereinbarung festgelegt. Der für jede Gebarungüberprüfung tatsächlich aufgewandte Ressourceneinsatz wird strukturiert erhoben und ausgewertet.

Um den verschiedenen Herausforderungen gerecht zu werden und einen möglichst hohen Nutzen seiner Leistungen sicherzustellen, hat der Rechnungshof seit 2004 auch seine Prüfungsarten (z.B. Schwerpunktprüfung, Querschnittprüfung, Follow-up-Überprüfung, Stichprobenprüfung) weiterentwickelt. Aufgrund der besonderen Stellung des Rechnungshofes als Bund-Länder-Gemeindeorgan und im Hinblick auf die gesamtstaatliche Budgetverantwortung bei gleichzeitiger Aufgabenverteilung auf sämtliche Gebietskörperschaftsebenen schaffen insbesondere die Querschnittsprüfungen, im Zuge derer ausgewählte Aufgaben bzw. Bereiche bei den überprüften Stellen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene oder zwischen unterschiedlichen Rechtsträgern verglichen werden, einen besonderen Mehrwert für die überprüften Stellen und die politischen Entscheidungsträger. Der Rechnungshof steigerte daher den dafür eingesetzten Ressourcenanteil im Zeitraum 2006 bis 2012 von rd. 23 % auf rd. 41 % (im Jahr 2004 lag dieser bei nur 11 %). Diese Prüfungen sind aufgrund der Methodik und der Mehrzahl der überprüften Stellen jeweils besonders ressourcenintensiv, bieten jedoch aufgrund der vergleichenden Darstellungen jeweils auch besonders nachhaltige Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen.

In der nachfolgenden Tabelle sind neben der Anzahl der im jeweiligen Jahr aufgenommenen Prüfungen, der dafür von den Prüferinnen und Prüfern aufgewandte Ressourceneinsatz und die vom Beginn einer Gebarungsüberprüfungen bis zu deren Ende durchschnittliche Gesamtdurchlaufzeit in Tagen dargestellt.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anzahl Prüfungen	94	77	102	105	107	98	91	
davon Initiativprüfungen	91	70	98	100	97	93	84	
hiervon Querschnittsprüfungen	14	11	19	28	28	21	22	
davon Sonderprüfungen	3	7	4	5	10	5	6	
durchschnittliche Anzahl der Prüfer nach Köpfen¹⁾	239	234	236	246	249	253	257	254 ²⁾
Ressourceneinsatz für die Prüfungstätigkeit in Tagen	24.065	22.596	24.985	27.108	28.265	28.806	29.528	
Prüfungstätigkeit je Prüfungsabteilung in %	65,8	62,3	68,8	72,6	73,8	75,7	76,3	
Anteil Querschnittsprüfungen an Prüfungen insgesamt in %	14,9	14,3	18,6	26,7	26,2	29,3	24,2	
Ressourcenanteil Querschnittsprüfungen in %	22,6	21,4	36,8	33,8	40,8	38,7	41,1	
durchschnittliche Gesamtdurchlaufzeit in Tagen	475	501	425	424	406	431	445	

¹⁾ gerundet

²⁾ Stichtag 1. April

In den Jahren 2006 bis 2012 konnte die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes um 5.463 Prüfertage (rd. 23 %) gesteigert und die durchschnittliche Gesamtdurchlaufzeit um 30 Tage reduziert werden. Dies war durch Einsparungen von Ressourcen aus dem Verwaltungsbereich zugunsten der Prüfungstätigkeit möglich. Gleichzeitig wurden - wie bereits ausgeführt - die für Querschnittsprüfungen eingesetzten Ressourcen in der Prüfungstätigkeit auf rd. 41 % erhöht. Zu den weiteren Prüfungsarten siehe auch die Ausführungen zu den Fragen 18 bis 20.

Zu Frage 14:

In der nachfolgenden Tabelle sind die dem Rechnungshof für das jeweils betreffende Jahr im Bundesvoranschlag eingeräumten finanziellen Mittel dargelegt.

	2006	2007	2008	2009 ¹⁾	2010	2011
	in Mio. EUR					
Budget (VA)	25,064	25,857	27,103	31,542	28,788	29,100
¹⁾ Projekt: Sanierung des Amtsgebäudes						
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in Mio. EUR					
Budget (VA)	30,885	30,622	30,421	30,328	31,233	32,098
Vorlauf Beamtenbezüge Jänner 2013	1,732					
DGB Pensionen Beamte geschätzt		2,270	2,340	2,438	2,528	2,620
Budget nach Abzug ao Zahlungen	29,153	28,352	28,081	27,890	28,705	29,478

Die Tabelle zeigt, dass gemäß BFRG 2014 - 2017 das operative Budget des Rechnungshofes in den kommenden Jahren trotz der zahlreichen zukünftigen Aufgaben unter dem Wert des Jahres 2012 liegen soll.

Zu Frage 15 und 16:

Das RH-Budget setzt sich zu rd. 4/5 aus Personalkosten zusammen. Die weiteren wesentlichen Ausgaben sind das IT-Budget, die Reisekosten sowie die Miete und die Betriebskosten des Amtsgebäudes. Eine Aufteilung auf die einzelnen Sektionen ist aus diesen Gründen nicht zweckmäßig. Die eingeführte Kosten-Leistungsrechnung befindet sich derzeit nach einer Umstellung der gesamten BKLR im Zuge der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform in einer Optimierungsphase, deren Ziel die konkrete Zurechnung sämtlicher Kosten zu einzelnen Prüfungsprojekten ist.

Zu Frage 17:

Die Zahlen der Fragestellung betreffend die Budgetzahlen BFRG 2013 - 2016 sind folgender Tabelle zu entnehmen:

	Novelle BFG 2012	Kürzung/ Bindung	DG-Beiträge RH lt. Schätzung BMF.	Budget- kürzung	nicht gedeckte Mittel RH	
	BFRG 2012-2015	BFRG 2013-2016	in EUR			
2012	30.891.000	30.885.000	-587.000		-587.000	687.000
2013	29.800.000	30.622.000	822.000	2.162.000	-1.340.000	-898.000
2014	29.850.000	30.421.000	571.000	2.203.000	-1.632.000	-1.627.000
2015	30.333.000	30.328.000	-5.000	2.244.000	-2.249.000	-3.540.000
2016		31.233.000	900.000	2.756.000	-1.856.000	-3.066.000
			1.701.000	9.365.000	-7.664.000	-8.444.000
						5.398.000 Rücklage
						-3.046.000

Die Tabelle zeigt, dass die für den RH vorgesehenen Budgetmittel im Zuge des BFRG 2013-2016 unter Berücksichtigung der ab 2013 zu zahlenden Dienstgeberbeiträge um rd. 7,6 Mio. EUR gekürzt wurden. Unter Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs ergibt sich eine Lücke von rd. 8,4 Mio. EUR, die mit der Rücklage in Höhe von rd. 5,4 Mio. EUR gedeckt werden kann. Offen bleibt damit - wie auch vom Rechnungshof im Zuge der Budgetberatungen ausgeführt - die Lücke bis zum Jahr 2016 in Höhe von rd. 3 Mio. EUR. Betrachtet man die Budgetvorgaben des BFRG 2014 - 2017, so vergrößert sich die Lücke auf rd. 7 Mio. EUR.

Zu Fragen 18 bis 20:

Der Rechnungshof startete - wie bereits ausgeführt - im Jahr 2004 einen Reformprozess mit seither mehr als 40 Projekten, der das Ziel hatte, den Rechnungshof im Hinblick auf die hohen Anforderungen an die externe öffentliche Finanzkontrolle und den weniger werdenden Mitteleinsatz fit für die Zukunft zu machen. Die Zahlen der nachstehenden Tabelle belegen den Entwicklungsprozess:

PRÜFUNGSLEISTUNGEN	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl Prüfungen	94	77	102	105	107	98	91
davon Sonderprüfungen	3	7	4	5	10	5	6
davon Initiativprüfungen	91	70	98	100	97	93	84
hiervon Schwerpunktprüfungen	49	40	27	31	28	36	24
hiervon Follow-up-Überprüfungen	10	10	32	24	23	18	13
hiervon Stichprobenprüfungen	9	7	11	10	8	10	14
hiervon EU-Prüfungen	3	2	6	2	3	2	3
hiervon ERH-Begleitprüfungen	6	-	1	3	6	4	4

hiervon Kammerprüfungen	-	-	2	3	1	2	4
hiervon Querschnittsprüfungen	14	11	19	28	28	21	22
Bund	7	3	6	7	11	7	8
Länder	2	4	7	12	11	4	4
Gemeinden	1	1	2	-	-	4	-
Gemengelage (Bund-Länder-Gemeinde-Vergleiche)	4	3	4	8	9	6	10
Anteil Querschnittsprüfungen an Prüfungen insgesamt in %	14,9	14,3	18,6	26,7	26,2	29,3	24,2
Ressourcenanteil Querschnittsprüfungen in %	22,6	21,4	36,8	33,8	40,8	38,7	41,1
HUMANVERMÖGEN	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Personalstruktur							
Personalstand nach Köpfen	309,0	298,0	311,0	314,0	317,0	311,0	311,0
Personalstand nach VBÄ	283,0	277,0	290,0	293,0	293,0	289,0	290,0
Prüferanteil nach VBÄ in %	78,1	78,4	79,7	81,2	81,6	80,6	84,5
Durchschnittliches Lebensalter	46,3	46,0	45,5	45,7	45,8	46,1	46,0
Durchschnittliches Dienstalster	-	13,8	13,1	13,1	13,0	13,4	13,3
Akademikeranteil in %	65,1	66,7	69,7	72,1	72,5	75,7	77,8
davon Recht in %	42,2	41,3	41,3	40,1	40,8	39,2	40,1
davon Wirtschaft in %	38,2	38,9	39,7	40,1	40,8	41,5	41,0
davon Technik in %	13,0	14,4	13,0	12,7	12,1	13,2	12,4
davon andere in %	6,5	5,4	6,0	7,1	6,3	6,1	6,5
Akademiker mit Mehrfachabschlüssen	15,0	14,0	16,0	16,0	19,0	22,0	20,0
Erfüllung der Beschäftigungspflicht für Menschen mit Behinderung	+4,0	+7,0	+12,0	+11,0	+10,0	+10,0	+9,0
Personalausgabenanteil an den Gesamtausgaben in %	78,4	76,5	72,7	75,7	79,4	80,0	81,3
Gender Mainstreaming							
Frauenanteil gesamt in %	41,1	42,6	42,4	42,4	42,9	42,4	43,4
Frauenanteil im Prüfungsdienst in %	29,8	32,5	32,8	33,5	34,5	34,0	35,7
Frauenanteil in Leitungsfunktionen in %	23,5	32,6	29,2	29,8	32,6	31,9	33,3
Teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	-	22	21	23	31	37	36
Fluktuation							
Zugänge	11,0	6,0	28,0	16,0	15,0	11,0	15,0

Abgänge	15,0	18,0	11,0	14,0	13,0	14,0	15,0
Fluktuationsrate in %	1,4	1,3	0,7	1,6	1,6	1,9	1,9
Durchschnittliches Pensionsantrittsalter	62,1	61,7	62,1	59,9	61,5	61,4	62,2
Krankenstandstage	3.567	3.941	4.144	3.383	3.048	3.646	2.612
Wissenstransfer							
Aus- und Weiterbildungstage	2.057,0	1.574,0	1.775,0	2.006,0	2.218,0	1.908,0	2.874,0
davon MBA-Lehrgang	420,0	595,0	659,0	300,0	600,0	390,0	806,0
davon IT-Schulungen	506,0	64,0	219,0	189,0	547,0	254,0	133,0
Aus- und Weiterbildungsquote in %	69,0	67,4	66,9	74,3	98,4	92,9	86,5
Aus- und Weiterbildungs- ausgaben in 1.000 EUR	291,6	358,8	225,4	240,0	256,0	291,8	281,7
davon MBA-Lehrgang in 1.000 EUR	121,3	234,0	121,0	115,0	113,0	151,6	139,8
davon IT-Schulungen in 1.000 EUR	47,3	4,8	9,4	4,1	11,0	20,3	11,5
Veranstaltungen der Wissensgemeinschaften	10	10	13	10	11	12	11
Interne Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	451,0	384,0	549,0	400,0	484,0	402,0	542,0
Externe Teilnehmer an Wissensgemeinschaften	46,0	116,0	151,0	95,0	107,0	48,0	54,0
Durchschnittliche Bildungstage je Mitarbeiter	-	-	-	-	7,0	6,0	9,0
Job-Rotation	19,0	21,0	24,0	30,0	21,0	22,0	22,0
STRUKTURVERMÖGEN							
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Organisationsstruktur							
Kerngeschäftsprozesse	5	5	5	5	5	5	5
Entscheidungsebenen	3	3	3	3	3	3	3
Abteilungen	35	35	35	35	35	35	35
Leitungsspanne	7,2	7,2	7,2	7,0	7,0	7,0	7,0
Kommunikationsstruktur							
Institutionalisierte Kommunikationsforen	9	9	12	12	12	12	12
Forum Sektionsleiterbesprechung	24	24	24	19	21	21	22
Forum Abteilungsleiter- besprechung	12	17	45		28	60	38
Forum Mitarbeiterveranstaltung	2	2	2	1	4	1	1
Kommunikationsplattformen	4	4	4	4	4	4	4
Plattform Intranet (Zugriffe)	-	61.886	118.538	123.562	113.414	85.784	129.024
Technische Infrastruktur							
Bildschirmarbeitsplätze	292	304	306	319	323	318	311
davon mobil	203	210	223	230	232	226	225
IT-Applikationen	172	172	172	172	138	138	140

IT-Ausgaben je Bildschirmarbeitsplatz in EUR	2.227	2.490	2.458	1.931	3.666	1.528	1.944
Verfügbarkeit des Datenservers in %	99,9	100,0	99,7	100,0	99,7	99,7	99,8
Qualitätssicherungsstruktur-Prüfungsprozess							
Verwendete Instrumente	14	14	20	22	22	22	22
Prüfungen durch die Interne Revision	3	1	1	1	0	2	1
BEZIEHUNGSVERMÖGEN	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Kunden und Partner							
Allgemeine Vertretungskörper, für die der Rechnungshof tätig wird	34	34	34	34	34	80	82
Teilnahme an Verhandlungen von Allgemeinen Vertretungskörpern	18	37	36	56	50	67	45
zur Kenntnis genommene Berichtsbeiträge	114	70	100	93	131	141	92
Prüfungsverlangen an den Rechnungshof	1	4	2	4	2	3	3
Prüfungersuchen an den Rechnungshof	2	3	2	3	8	2	3
überprüfbare Rechtsträger	4.083	4.221	4.594	4.624	4.767	4.619	5.711
Meldungen in Printmedien	6.639	4.119	5.504	7.071	6.613	5.911	6.213
Presseaussendungen	11	63	55	63	51	72	60
Pressekonferenzen	4	1	2	1	3	1	4
Interviews	10	13	24	51	41	72	31
Publikationen	5	7	1	2	1	2	2
Zugriffe auf die Rechnungshof- Website	41.534	84.222	247.740	277.346	272.387	195.508	212.787
Nationale und internationale Vernetzung							
Internationale Dossiers	471	582	545	351	521	501	433
Institutionalisierte Kontakte mit nationalen Kontrolleinstellungen	7	7	8	8	8	8	8
Institutionalisierte Kontakte mit anderen Wissenseinstellungen	22	22	24	26	26	26	26
betreute inländische Besucher	102	165	96	200	51	60	20
besuchte nationale Tagungen	17	18	25	22	25	21	16
betreute internationale Besucher	87	69	152	232	235	321	109
besuchte internationale Veranstaltungen	42	54	44	44	63	49	62
davon INTOSAI- Veranstaltungen	15	15	20	15	36	31	34
internationale/bilaterale Kontakte	34	30	64	58	83	65	80
Anfragen von anderen obersten Rechnungskontrollbehörden	48	111	16	23	55	26	34
INTOSAI-Website (Zugriffe in Tausend)	1.853	3.735	3.390	3.808	3.679	3.809	10.923

PRÜFEN UND BERATEN	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Berichtsvorlagen							
Gesamt	51	84	56	89	83	128	99
davon Nationalrat	12	16	13	14	14	13	13
davon Landtage	39	68	28	53	46	68	56
davon Gemeinden/Gemeindeverbände	-	-	15	22	23	47	30
veröffentlichte Seiten							
Gesamt	3.596	6.472	4.224	10.698	11.400	18.088	16.444
davon Bund	1.608	2.196	1.770	2.334	2.838	4.433	5.096
davon Länder	1.988	4.276	2.454	8.364	8.562	13.655	11.348
Empfehlungen ¹⁾	-	-	864	1.018	1.300	1.614	2.417
Kernaussagen ²⁾	-	527	848	1.001	1.236	1.236	1.236
Teilnahme an Verhandlungen der allgemeinen Vertretungskörper							
Parlamentarische Anfragen mit RH-Bezug	18	37	36	56	50	67	45
Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen							
Bundesgesetze	48	144	105	96	129	97	112
Verordnungen des Bundes	184	173	161	165	146	155	154
Landesgesetze und -verordnungen	77	51	72	64	59	79	93
Summe der begutachteten Entwürfe	309	368	338	325	334	331	359

¹⁾ Erhebung seit 2008

²⁾ Erhebung seit 2007

Die Leistungseffizienz des Rechnungshofes konnte in den letzten Jahren, wie der Output belegt, im Rahmen des vorgegebenen Finanzrahmens deutlich verbessert werden. Legte der Rechnungshof im Jahr 2006 dem Nationalrat, den Landtagen sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden 51 Berichte vor, so waren es im Jahr 2012 insgesamt 99 Berichte.

Dabei konnte, wie bereits zu Fragen 10 bis 13 ausgeführt, die Prüfungstätigkeit je Prüfungsabteilung von rd. 66 % auf 76 % gesteigert und die durchschnittliche Gesamtdurchlaufzeit um 30 Tage reduziert werden. Gleichzeitig stieg der Anteil der Ressourcen für Querschnittsprüfungen im Zeitraum 2006 bis 2012 von rd. 23 % auf rd. 41 %. Die Seitenanzahl erhöhte sich von 3.596 auf 16.444 Seiten, die Empfehlungen von 864 (erstmalig 2008 gezählt) auf 2.417, die überprüfbaren Rechtsträger von 4.083 auf 5.711 Objekte.

Der Personalstand im Rechnungshof blieb in den Jahren 2006 bis 2012 in etwa auf dem gleichen Niveau, demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofes im Jahresdurchschnitt in diesem Zeitraum um rd. 8 % (+ 18 Personen), während sich der Anteil der Bediensteten in der Verwaltung im Jahresdurchschnitt um rd. 13 % (- 9 Personen) verringerte. Die Personalausgaben, die den überwiegenden Anteil der Ausgaben des Rechnungshofes ausmachen, lagen im Jahr 2012 im Vergleich zu seinen Gesamtausgaben bei rd. 81 %.

Durch die im Jahr 2010 durchgeführte Reorganisation und Maßnahmen der Prozessoptimierung konnten Synergieeffekte erzielt werden, die zu einer Verbesserung der Qualität und Leistungseffizienz führten. Der Rechnungshof ist sich als Wissensorganisation der strategischen Bedeutung seines Wissens bewusst. Zur Nutzung von Synergieeffekten und zur besseren Abstimmung wurden die Bereiche Aus- und Weiterbildung, Personalentwicklung, Wissensmanagement, Qualitätsmanagement und Prüfungsplanung des Rechnungshofes in der Abteilung 1A3 Planung und Entwicklung zusammengeführt.

Im IT-Bereich wurden mehrere Umstrukturierungen durchgeführt und damit konnte eine Reduktion der IT-Ausgaben pro Arbeitsplatz von 2.227 EUR im Jahr 2006 auf 1.944 EUR im Jahr 2012 erreicht werden. Die Miete des mit der BIG abgeschlossenen Mietvertrags für das Amtsgebäude ist im untersten Bereich angesiedelt.

In Summe konnten insbesondere durch verzögerte Nachbesetzungen der Abgänge und Pensionierungen, durch restriktiv angeordnete Dienstreisen, durch einen Umstieg auf die BMF-Druckerei, durch Reduktion der externen IT-Dienstleistungen (first-level-support), Zurückstellung der geplanten IT-Projekte, einen restriktiven Umgang mit internen Maschinen und maschinellen Aufwand, der Reduktion der Betriebskosten und der Zurückstellung der Investitionen bei der Amtsausstattung eine Rücklage von rd. 5,4 Mio. EUR angespart werden.

Um die Kompetenz der Prüferinnen und Prüfer sowie die Leistungsqualität auf hohem Niveau sicherzustellen, verwendet der Rechnungshof unterschiedliche Instrumente zur Wissenssicherung und zum Wissenstransfer. Dazu zählen ein bedarfsorientiertes internes Bildungsprogramm, institutionalisierte Wissensgemeinschaften zu relevanten Themen, Mitarbeiterveranstaltungen sowie eine strukturierte und dokumentierte Wissensaufbereitung durch Qualitätsstandards zu den Kernleistungen des Rechnungshofes; die Sammlung von Kernaussagen des Rechnungshofs nach speziellen Themen und die elektronische Ablage aller relevanten Dokumente und Formulare sind wichtige Instrumente für ein effektives Wissensmanagement.

Die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes in Anspruch genommenen Aus- und Weiterbildungstage erhöhten sich in den Jahren 2006 bis 2012 um rd. 40 %; investierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2006 2.057 Tage in Aus- und Weiterbildung, waren es im Jahr 2012 bereits 2.874 Tage.

Eine positive Entwicklung spiegelt sich auch im Rückgang der Krankenstandstage wider, die sich in den Jahren 2006 bis 2012 um 955 bzw. um 27 % reduzierten.

Dem Rechnungshof ist es gelungen, seinen Frauenanteil von insgesamt rd. 41 % im Jahr 2006 auf rd. 43 % im Jahr 2012 zu erhöhen, wobei der Frauenanteil im Prüfungsdienst von rd. 30 % auf rd. 36 % gestiegen ist. Der Frauenanteil in Leitungsfunktionen stieg von rd. 24 % im Jahr 2006 auf rd. 33 % im Jahr 2012 an. Im Jahr 2012 gab es insgesamt 36 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 17 Prüferinnen und 5 Prüfer). Der Anstieg an teilzeitbeschäftigten Bediensteten, insbesondere auch im Prüfdienst, zeigt, dass der Rechnungshof bestrebt ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Im Rahmen seiner sozialen Verantwortung hat der Rechnungshof die Beschäftigungspflicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz über dem gesetzlichen Mindestmaß erfüllt.

Die dargelegten Maßnahmen sowie der zwischenzeitig auf rd. 81 % gestiegene Anteil der Personalkosten belegen, dass weitere Einsparungen nur mehr im Bereich des Personals möglich sind. Die dem Rechnungshof jeweils mit verfassungsrechtlichen Bestimmungen übertragenen Sonderaufgaben sind nicht disponibel, somit wirken sich weitere Einsparungen in Form einer Reduktion des Personalstandes und damit als Beschränkung der Prüfungstätigkeiten aus.

Selbstverständlich wird der Rechnungshof jedoch auch wie bisher im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sämtliche Potenziale für eine effizientere Aufgabenerbringung nutzen.